

UN-Plastikkonferenz: Warum die Verhandlungen weiter stocken

Von Nicolas Heronymus

Das Treffen in Genf soll zu einem umfangreichen Abkommen gegen Plastikmüll führen. Doch kurz vor dem Ende ist immer noch keine Einigung in Sicht. Das liegt auch an der Taktik der Verhandlungsführer.

Nach acht von zehn Tagen gibt es bei den Verhandlungen der UN-Staaten um ein weltweites Abkommen gegen Plastikverschmutzung kaum Fortschritte. Fundamentale Differenzen über grundlegende Vertragsinhalte prägen nach wie vor die Gespräche. Die Konflikte entzündeten sich insbesondere an der Frage, ob es Minderungsziele für die Neuproduktion von Plastik geben soll. Auch Verbote für bestimmte Plastikprodukte und gefährliche Chemikalien sind umstritten. Um die 100 Staaten, die ein ambitioniertes Abkommen fordern, sind für solche Maßnahmen. Länder wie Saudi-Arabien, die ihre Fossilindustrie schützen wollen, drängen hingegen auf einen Vertrag, der auf das Abfallmanagement begrenzt ist.

Ob es in den verbleibenden zwei Tagen gelingt, noch eine Einigung zu erzielen, wird zunehmend unklarer. Die vorherige Verhandlungsrunde im südkoreanischen Busan ging mit einem Vertragsentwurf des Verhandlungsführers Luis Vayas zu Ende. Dieser sollte als Basis dienen, um in Genf Fortschritte zu erzielen. Die Zahl der Klammern, die umstrittene Inhalte kennzeichnen, hat sich seit Verhandlungsbeginn in der Schweiz jedoch vervielfacht. Auch in informellen Treffen zwischen Sonntag und Dienstag konnten die Delegationen die Blockaden nicht lösen.

Das liegt auch an den Verhandlungsbedingungen. Denn die Staaten arbeiten auf einen Konsens hin, um das Abkommen zu verabschieden. Das erleichtere es Staaten, die keinen ambitionierten Vertrag wollen, die Verhandlungen einfach zu blockieren, statt nach Kompromissen zu suchen, sagen Beobachter aus der Zivilgesellschaft. Zudem erfordere das Konsensprinzip, dass alle Staaten am Ende das Gefühl haben, dass ihre Kerninteressen berücksichtigt wurden. „Jeder Staat braucht etwas, das er als Gewinn mit nach Hause nehmen kann“, sagt Haley Walker, die zu internationalen Verhandlungen an der IÉSEG School of Management lehrt.

Eine andere Dynamik hätte es aus Sicht mehrerer Beobachter gegeben, wenn ein möglicher Vertragsabschluss per Mehrheitsabstimmung von Anfang an eine realistische Option gewesen wäre – eben, weil der Anreiz für Kompromisse für die teilnehmenden Staaten stärker gewesen wäre. Die Verfahrensregeln für die Entscheidungsfindung sind aber bis heute umstritten, denn sie wurden nie endgültig verabschiedet. Fachleute gehen davon aus, dass [eine Entscheidung per Mehrheitsprinzip möglich wäre](#). Auf die Frage, ob die EU bei fehlender Aussicht auf einen Konsens eine Abstimmung fordern werde, sagte EU-Umweltkommissarin Jessika

Roswall zu *Table Briefings*: „Unser Fokus liegt darauf, die Verhandlungen mit allen voranzubringen.“

Neben Roswall sind am Dienstag zahlreiche Minister angereist. Dass sie kurz vor Schluss noch entscheidende Impulse setzen können, bezweifeln einige Beobachter jedoch. „Der Verhandlungsprozess hätte früher angepasst werden müssen – sowohl mit Blick auf die Formate als auch auf die politische Repräsentationsebene in den Gesprächen“, sagt etwa Aleksandar Rankovic, Co-Vorsitzender des Thinktanks The Common Initiative. Bei den inhaltlichen Konflikten gehe es „insbesondere um politische Fragen, die nur Minister lösen können“, ergänzt er. Andere Delegierte hätten nicht die nötige Autorität, solche Entscheidungen zu treffen.

Laut des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), unter dessen Dach das Treffen in Genf offiziell stattfindet, sollen die Ministerinnen und Minister an den formalen Verhandlungen allerdings gar nicht teilnehmen. Was ihre Präsenz bringt, wird sich spätestens am Donnerstagabend zeigen. Dann endet die Konferenz.